## PRESSEMITTEILUNG DER LANDTAG SCHLESWIG-HOLSTEIN



31/2006

Kiel, 26. Januar 2006

## Landtagspräsident Kayenburg: Uniformierte und zivile Helfer leisten wichtigen Dienst für unser Land

Kiel (SHL) – "Wir sind uns alle einig – Wehrpflichtige, Grundwehrdienstleistende, Zivildienstleistende und ihre Organisationen erbringen einen wichtigen Dienst für unser Land." Mit diesen Worten unterstrich Landtagspräsident Martin Kayenburg am Abend vor gut 200 Vertretern von Bundeswehr, Bundes- und Landespolizei, Feuerwehr, Zivildienstleistenden und Katastrophenschutz die enorme Bedeutung der Arbeit und der Einsätze von uniformierten und zivilen Helfern für die deutsche Gesellschaft.

Erstmals hat der Landtagspräsident alle Gruppen, auch die Zivildienstleistenden, gemeinsam zum traditionellen Empfang eingeladen, um den Dank des Schleswig-Holsteinischen Landtages und seinen ganz persönlichen Dank für den im vergangenen Jahr geleisteten Einsatz auszusprechen.

"Ohne Zivis sähe es in vielen sozialen Bereichen unseres Gemeinwesens düster aus", würdigte der Landtagspräsident die Verdienste der Zivildienstleistenden. Seine hohe Anerkennung für ihre humanitären und sicherheitspolitischen Verdienste im weltweiten Einsatz sprach Kayenburg auch gegenüber der Bundeswehr aus. Deren globales Handeln und die monatelangen Auslands-Einsätze hätten unmittelbare Folgen für das soziale und familiäre Umfeld der Soldatinnen und Soldaten. Hier sei die Politik gefordert, den Betroffenen jedwede Unterstützung zuteil werden zu lassen. Er begrüße die vom Verteidigungsminister in Aussicht gestellte bessere Bezahlung der Soldaten bei Auslandseinsätzen, sagte der Landtagspräsident.

Mit Blick auf die erweiterten – auch internationalen – Aufgabenfelder und die damit gestiegenen Belastungen bedankte sich der Landtagspräsident auch bei den Polizeien von Bund und Land, dem Katastrophenschutz und den ehrenamtlichen Verbänden. In Deutschland selbst seien sie zusammen mit den Feuerwehren die verlässlichen Stützen bei unzähligen kleineren und vielen größeren Notfällen, bei denen die Bürgern und damit die Gesellschaft ihre Hilfe benötigten.